

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)

16 (20.1.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-530378](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-530378)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einjähr. 75 Pfg., bei Geldabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Insertate werden die fünfzehnstündige Korrespondenz oder deren Raum für die Inserenten in Rastenburg-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Provinzen mit 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entfallender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale in Heppens: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Donnerstag den 20. Januar 1910.

Nr. 16.

Ein Schildbürgerstreich

oder

Elektrische Straßenbahn in Wilhelmshaven.

Eine Ueberraschung gab es zu Beginn der am Dienstag nachmittag stattgefundenen Sitzung des Bürgervereins in Wilhelmshaven. Nachdem jahrelang das Projekt einer elektrischen Bahn geschwebt, nachdem umfangreiche Verhandlungen in der Bahnhofstraße zwischen dem Amt Rastenburg und der Stadt Wilhelmshaven stattgefunden haben und nachdem schließlich das Amt Rastenburg sich gezwungen sah, daranzugehen, um das Projekt der für den Bezirk notwendig gewordenen Bahn in eigener Regie zu verwirklichen, tritt die Stadtverwaltung und Stadtvertretung Wilhelmshavens mit einem fertigen Plan an die Öffentlichkeit, die in nächstem Bericht des Magistrats von dem in geheimen Sitzungen gegen die Nachbargemeinden ausgehenden Schildbürgerstreich in Kenntnis gesetzt wird.

Nachdem durch vorbereitenden Verhandlungen zwischen der Bremisch-Hannoverschen Kleinbahn einerseits und Wilhelmshaven-Rastenburg andererseits der auch in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Vertragsentwurf zu Beginn des Sommers 1909 fertiggestellt war, und zunächst in den Gemeindevertretungen der Rastenburg Gemeinden und von Wilhelmshaven getrennt über diesen Entwurf beraten und zur weiteren Bearbeitung der Sache Kommissionen gewählt waren, haben diese Kommissionen den Vertragsentwurf in gemeinsamer Beratung einer Prüfung unterzogen. Diese gemeinsame Beratung hat am 18. Juni 1909 stattgefunden, aber zu einem positiven Ergebnis nicht geführt, weil die Kommissionenmitglieder von Wilhelmshaven den Entwurf für eine geeignete Unterlage zu weiteren Verhandlungen bildeten, während die Vertreter von Rastenburg aus verschiedenen Gründen eine weitere Bearbeitung auf Grund des Vertragsentwurfs für zwecklos hielten und Bau und Betrieb einer Bahn in eigener Regie unter allen Umständen anstreben wollten.

In Konsequenz der Stellungnahme der Rastenburg Kommissionenmitglieder hat Wilhelmshaven allein mit der Gesellschaft weiter verhandelt und erreicht, daß eine Lösung gefunden wurde, welche geeignet schien, den als hauptsächlichsten Hinderungsgrund für die Zustimmung der Rastenburg Vertreter erklärten § 14 des Vertragsentwurfs entsprechend den Wünschen der Rastenburg Vertreter abzuändern. Von dem gedachten Inhalt des § 14 des Entwurfs ist nach der Sitzung der Wilhelmshavener Straßenbahnkommission im November 1909 dem Amtsvorstand Rastenburg Mitteilung gemacht, mit dem Entschluß, in erneuter gemeinsamer Beratung der Rastenburg und Wilhelmshavener Kommissionenmitglieder eine Verständigung über den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn zu versuchen.

Auf der hierauf erstellten Antwort des Amtsvorstandes haben die Rastenburg Vertreter in besonderer Beratung hierzu Stellung genommen und in ihrer Stellungnahme erneut betont, daß sie unter allen Umständen Bau und Betrieb in eigener Regie verlangen und daß bei dieser grundsätzlichen Verhinderung der Beurteilung in Wilhelmshaven und Rastenburg eine weitere gemeinsame Beratung zwecklos sei und daher abgelehnt werde. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung hat der Amtsvorstand Rastenburg dem Magistrat Wilhelmshaven den Antrag gestellt, dem Amtsvorstand Rastenburg unter Zugrundelegung eines Vertrages entsprechend dem erwähnten Vertragsentwurf mit der Kleinbahn-Gesellschaft die Koonstraße, Wallstraße, Marktstraße und Güterstraße für die Durchführung einer vom Amtsvorstand Rastenburg zu errichtenden und zu betreibenden elektrischen Straßenbahn zur Verfügung zu stellen. Bei Beratung dieses Verlangens hat sich in der Straßenbahnkommission nicht eine Stimme gefunden, welche bereit gewesen wäre, Wilhelmshavener Straßen dem Amtsvorstand Rastenburg auszuliefern.

Da aber — wohl in Erwartung solcher Stellungnahme der Wilhelmshavener Stadtvertretung — in den Rastenburg Vertretungen in Aussicht genommen war, für diesen Fall die Auslieferung der genannten Wilhelmshavener Straßen durch Einleitung eines Ergänzungsverfahrens bei der Preussischen Regierung zu erzwingen, haben die Mitglieder der Kollegien erkannt, daß unter diesen Umständen schwere Gefahr für Wilhelmshaven im Verzuge sei und mit gleicher Einmütigkeit einem durch äußerste Befehlsmäßigkeit vom Bürgermeister mit der Bremisch-Hannoverschen Kleinbahn-Gesellschaft vereinbarten Vertrage auf Bau und Betrieb der elektrischen Straßenbahn im Gebiete der Stadt Wilhelmshaven allein zugestimmt.

Nach dem Inhalt dieses in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 11. d. Mts., welche mit Rücksicht auf die von Rastenburg drohende Gefahr geheim

sein mußte und auch bis heute geheim bleiben mußte, beschlossenen Vertrages, hat die Bremisch-Hannoversche Kleinbahn-Gesellschaft mit dem Bau der Bahn sofort zu beginnen, nachdem sie die erforderliche Konzession durch die Preussische Regierung erhalten hat und nachdem die Stadt Wilhelmshaven die in den berührten Straßen einzubauenden Kanalisationsvorrichtungen fertig gestellt haben; — beides dürfte bis zum Herbst des Jahres der Fall sein. Neun frostfreie Monate nach diesem Zeitpunkt hat die Gesellschaft den Betrieb der Bahn spätestens zu eröffnen.

Das Netz der Bahn wird die Gestalt eines Sterns von drei Straßen haben, die vor der Post in der Königstraße mit einander zusammenstreffen. Von diesem Schnittpunkt aus verläuft eine Linie durch die Güter- und Bismarckstraße bis zum Seemannshaus, die zweite Linie durch die Güterstraße, Koonstraße über die Kaiser Wilhelm-Brücke bis zur Strandhalle und die dritte Linie durch die Königstraße bis zum Bahnhof, die Valoisstraße und die Koonstraße bis zur Ecke der Postenstraße. Der Verkehr auf sämtlichen drei Straßen soll — abgesehen von der Einschränkung des Verkehrs von der Ecke Koon- und Elbendorferstraße bis zur Strandhalle in den Wintermonaten — regelmäßig in Abständen von 7 1/2 Minuten erfolgen. Von einer Ausschließung des nordwestlichen Stadtteils durch Einziehung in das Straßenbahnnetz ist in diesem Vertrage abgesehen, weil zu erwarten steht, daß durch diesen Stadtteil der Anfluß des Wilhelmshavener Straßenbahnnetzes mit dem für Rastenburg beabsichtigten Straßenbahnnetz zu erfolgen haben wird. Und da über die Einföhrung des Rastenburg Straßenbahnnetzes hier nichts sicheres bekannt ist, etwas bestimmtes auch wohl noch garnicht beschlossen ist, so erschien es auch mit Rücksicht auf die durch die Verhältnisse gebotene Eile besser, eine Festlegung dieser Verhältnisse zunächst offen zu lassen. Nachdem infolge der Führung dieser Linie auch deren Ausbau gesichert sein wird, wird Wilhelmshaven alsdann über alle Straßenbahnlinien verfügen, welche auf absehbarer Zeit für das Gebiet der Stadt erstrebenswert zu erachten sind. Letzteres wäre bei Ausführung des mit den Vertretern von Bant und Heppens gemeinsam beratenen erwähnten Vertragsentwurfs nicht der Fall gewesen, da von dem jetzt gezogenen Linienetz sowohl die Verbindung von der Ecke Bismarck- und Güterstraße bis zum Seemannshaus, als auch die Linie über den Bahnhof bis in die Nähe des Schlachthofes nicht vorgezogen war. Außerdem bietet der jetzt abgeschlossene Vertrag gegenüber dem früheren Vertragsentwurf insofern eine ganz außerordentliche Verbesserung, als nach dem Entwurf ein 12 Minutenverkehr vorgezogen war, während nach dem jetzt abgeschlossenen Vertrage von der Gesellschaft eine 7 1/2 Minutenzufolge zugesichert ist.

Zu bemerken bleibt im übrigen nur noch, daß die Stromerzeugung aus der Zentrale Marcardsmoor insofern für die Stadt Wilhelmshaven vorteilhaft ist, als der Stromkonsum durch die Bahn nach dem zwischen der Stadt und dem Siemens-Schuckert-Werke abgeschlossenen Vertrag zu Gunsten der Stadt bei Berechnung des Strompreises dem übrigen Stromkonsum zugerechnet wird, so daß also der erhebliche Bahnstromkonsum zu einer Verbilligung des von der Stadt aus der Zentrale entnommenen gesamten elektrischen Stromes führen muß.

Alle übrigen Einzelbestimmungen für die Regelung des Verhältnisses der Gesellschaft und der Stadt Wilhelmshaven sind entsprechend den Vereinbarungen in dem früheren Vertragsentwurf belassen; nur hinsichtlich des für später in Aussicht zu nehmenden Uebergangs der Straßenbahn auf die Stadt Wilhelmshaven ist insofern eine Veränderung eingetreten, als nicht ein fester Kaufpreis, der einen nicht unerheblichen Baugewinn der Gesellschaft zu enthalten schien, wie früher vorgezogen, seitens der Stadt an die Gesellschaft zu zahlen ist, sondern vielmehr nur der Selbstkostenpreis der Bahnanlagen dieser zu erstatten ist, und über diesen hinaus nur dann ein Aufschlag seitens der Stadt zu leisten ist, falls und insofern das in der Bahn angelegte Kapital eine höhere Rentabilität als 4 1/2 Prozent erreicht haben wird.

Um zu vermeiden, daß das von der Rastenburg Vertretung in Aussicht genommene Ergänzungsverfahren bei der königlichen Regierung unierem Vorgehen hinderlich werden könnte, ist inzwischen bereits der Konzeptionsantrag der Gesellschaft entsprechend der Befehlshaltung der Kollegien vom 11. d. M. an zuständiger Stelle eingebracht worden.

Diese Lösung der Straßenbahnfrage für Wilhelmshaven durch die städtischen Kollegien ist nach unserer Ansicht ein

Schildbürgerstreich, diktiert vom engherzigen Richtungsinteresse oder noch besser, da für Wilhelmshaven absolet dabei nichts zu verdienen ist, von einer äbel angebrachten Eitelkeit und Ueberhebung gegenüber den oldenburgischen Nachbarn. Für heute seien nur folgende kurzen Bemerkungen dazu gemacht:

Es ist nicht richtig, wenn in der Darlegung gesagt wird, daß die Sitzung der Kommissionen am 18. Juni 1909 darum zu keinem positiven Ergebnis geführt habe, weil die Kommission der Wilhelmshavener grundsätzlich auf dem Standpunkt gestanden habe, die Straßenbahn dürfe nicht von der Stadt und Rastenburg gemeinsam betrieben werden, während die Kommission der Rastunger entgegengesetzter Meinung gewesen sei. Die Sache lag doch so, daß der Herr Bürgermeister Bartels erklärte, die Kommission habe sich mit der Sache, insbesondere mit dem Vertragsentwurf, der von der Bremen-Hannoverschen Kleinbahn-Gesellschaft vorgelegt worden, noch garnicht beschäftigt. Trotzdem wurde in eine unerbittliche Verhandlung eingetreten, aus der für die Beurteilung der jetzigen Stellung der Wilhelmshavener Stadt-oder folgendes bemerkt werden ist: Die Vertreter der Bant Kommission teilten mit, daß sie ein Projekt vorlegen könnten, das in den gleichen Bahnen wie das der Kleinbahn-Gesellschaft sich bewege, das aber wenig mehr als die Hälfte der Summe koste, wie sie diese Gesellschaft veranschlagt habe, wenn die Bahn von den Interessenten, also von Wilhelmshaven und Rastenburg gebaut werde, selbstverständlich durch Vergabung an einen geeigneten Unternehmer. Ferner erklärten auch einige Kommissionenmitglieder, daß es das Richtige sein würde, wenn Wilhelmshaven und Rastenburg die Straßenbahn zusammen bauen lassen und selbst betreiben. Von ihnen sei der Herr Bürgermeister Thaden herbeigehoben. Und als die Mitglieder der Kommission von Rastenburg erklärten, daß der Amtsvorstand Rastenburg bereit sein würde, in den Vertrag, den der Magistrat von Wilhelmshaven mit der Kleinbahn-Gesellschaft abzuschließen willens sei, einzutreten, rief Herr Rastberg Witter: niemals, niemals. Gewadzu entrüstet wies er die Zustimmung zurück, Wilhelmshaven solle dem Amtsvorstand Rastenburg oder der zuständigen Stadt Rastenburg den Bau und Betrieb der Straßenbahn in Wilhelmshaven überlassen. Diesem „niemals“ sind die guten Stadtväter nun gefolgt. Es scheint offenbar ihrem Stolz und ihrer Eitelkeit mehr unter der kapitalistischen Fuchtel einer Aktiengesellschaft als in einem freundschaftlichen Vertragsverhältnis mit dem großen Kommunalverband zu stehen. Uebrigens hat der Magistrat von Wilhelmshaven offiziell nie und nirgends erklärt, daß er grundsätzlich gegen den Betrieb der Bahn in eigener Regie sei. Freilich ging seine weitere Tätigkeit in der Sache nur nach der Richtung, etwas günstiger Bedingungen von der Kleinbahn-Gesellschaft zu erlangen. Es gelang ihm denn auch, der Gesellschaft von dem hundertprozentigen Baugewinn, den die menschenfreundlichen Kapitalisten später einzuladen gedachten, 25 Prozent abzubanden. Dieses Entgegenkommen erschien dem Rastunger Amtsvater zu gering. Obgleich gering mußte nach den früheren langen Verhandlungen ihm die Aussicht erscheinen, von der Kleinbahn-Gesellschaft noch günstigere Uebnahmebedingungen zu erhalten.

Die Gewährung des 7 1/2 Minuten-Vertriebes ist keine so große Geringfügigkeit, als daß damit die Abklohung Rastungens zu rechtfertigen wäre. An den 12 Minutenbetrieb hat kein Mensch geglaubt. Das einzige, worüber die Wilhelmshavener und die Rastunger Kommissionen schnell einig geworden sind, war die Forderung eines 8 Minutenverkehrs.

Die Darlegung des Magistrats zeigt denen, welche die Dinge und die Personen kennen, schlecht verhältliche Machenschaften, um ein Zusammengehen der Stadt Wilhelmshaven mit dem Amtsvorstand Rastungens zu vereiteln. Den Nutzen davon haben nicht die Wilhelmshavener Bürger und Einwohner, sondern am letzten Ende die Bremen-Hannoversche Kleinbahn-Gesellschaft, also eine Gruppe von Kapitalisten.

Politische Rundschau.

Bant, 19. Januar.

Einem's Nachfolger.

Uns wird über die Reichstagswahlhandlung, in der am Dienstag die Stände gegen die Wamsfelder Bergarbeiter eingehend gewürdigt wurde, aus dem Reichstag geschrieben: Konstant von Schellenbusch und der Kavallerie Einem sind übertritten worden. Der neue Reichsminister, ein Herr von Heeringen, hat es verstanden, sich mit feiner Jungferntreue den ungeschwänkten, in totem Gebrauh sich findenden Befehl dixer um Arsch zu erweiden. Die preussischen Reichsminister haben, von einigen Ausnahmen ab-

hischen, den Reichstag wahrlich nicht verdrängt. Aber einen so unerschütterlichen Gardeleutnant, wie der jetzige Kriegsminister, hat denn doch noch keiner seiner Vorgänger angeschlagen. Aber wozu sich verwundern? Der Mann redet, wie ihm der Schabel gemachen ist, und bringt mit einem inneren anerkennenswerten Mangel an jeglichem Heuschrecken seinen Standpunkt so, wie er ist, zum Ausdruck. Der Standpunkt ist freilich darnach. So ungefähr der des verstorbenen Redeten Nambo, des Dichters vom roten Sonntag. Herr von Heeringen sind Streit und Aufseher einfach sich bedende Dinge. Da kann man sich nicht wundern, wenn er denn vor Entzünden schlaft. Und so hat denn Herr von Heeringen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Der Inhalt seiner Rede hat ihn zu einem gefährlichen Kontrurrenten Herrn von Rheinbaben in der Gunst der Rechten gemacht, und der unwürdige Ton seiner Rede verdrängt der Linken noch viele weitere Stunden, falls der graue Herr noch lange als Kriegsminister fungieren sollte.

So war eine herrliche Sache, um die es sich handelte, wenn die Verhandlung auch durch das militärische Zwischenpiel und das förmliche Intermezzo einer Abendrede zeitweilig den Charakter einer Festschiffahrt erhielt. Das Einschreiten des Militärs im Mansfelder Streit hat wieder einmal auch dem Bilden des Klassencharakter unserer Staatsorgane einhakt. Selbst ein so wichtiges kapitalistischer Bureaukrat wie der Staatssekretär Delbrück fühlte sich augenscheinlich nicht ganz wohl bei der ihm von Amtswegen obliegenden Vertretung des Mannesfelder Landratsparlamenten. So war eine sehr schädliche Erwiderung, was er auf die unschuldigen und lächlichen Darlegungen unserer Genossen sagte, des Begründers unserer Interpellation, über den Mansfelder Streit, vorbrachte.

Wir verweisen im übrigen auf den interessanten Bericht.

Herr Wendt, der die Vorgesichte des Militäraufgebots nach Mansfeld besser kennt, wußte zu erzählen, daß die Heeresmacht nur entboten wurde, um das Staatsbürgerrecht der „Arbeitswilligen“ zu schützen, die den Glauben an den Staat verloren hätten, wenn ihnen der militärische Schutz verweigert worden wäre. Es bleibt immerhin eine erfreuliche Feststellung, daß Arbeiter in Deutschland nur auf Staatsbürgerrechte Anspruch erheben dürfen, wenn sie Streikbrecher sind. Mit Kavallerie, Infanterie und Maschinengewehren wird das Recht auf ungestörten Streikbruch in Deutschland verteidigt, nebenbei auch noch durch Justiz, Verwaltung und Polizei. Dieser Schutz bezieht sich auf das Seelenleben und die Gemütsbefindlichkeiten der Streikenden aus, kein christlicher Arbeiter darf sich ihnen nähern, um sie über ihr frevelhaftes und törichtes Tun aufzuklären. Noch heller strahlt der Wert der heiligen Staatsbürgerrechte von Streikbrechern, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß Unternehmern, die sich weigern, einem Syndikat beizutreten, von den Vertretern derselben Regierung unter Androhung schmerzlicher und nachwirkender Mittel in das Syndikat hineingetrieben worden sind. Nur wenige Wochen liegen zurück, daß der preussische Handelsminister den außerhalb des Reichsverbandes bestehenden Werken offen und ungeschönt scharfe Maßnahmen in Aussicht stellte für den Fall, daß sie den Reichsverband nicht schnellstens vollzogen. Das geschah mit Zustimmung der Reichsregierung, insbesondere unter Zustimmung des Staatssekretärs Delbrück. Viele andere Fälle ähnlicher Art könnten aus jüngster Zeit herangezogen werden, aus denen sich klar und bündig ergibt, daß die Regierung den Terror von Syndikaten gegen handlungsunfähige Betriebe schärfst unterstützt. Wenn die Jochenmagazinen durch Einführung von Zwangsarbeitsmaßnahmen die Freizügigkeit von Arbeitern aufheben, dann kann und darf die Regierung nach den Verfügungen des Staatssekretärs Delbrück nicht einschreiten, weil auf Grund der bestehenden Gesetze ein solches Treiben nicht geschildert werden dürfte. Wenn das Kapital im Mansfelder Streik die ruhigen aller Arbeiter brutalisiert und ihrer gesetzlich gewährleisteten Rechte beraubt, dann muß die Militärbehörde Infanterie mit Maschinengewehren und Kavallerie in das Streikgebiet führen, die Regierung muß das unartig und widersprüchlos gehalten. Von Rechtswegen, verkündet der Staatssekretär Delbrück, derselbe Staatssekretär Delbrück, der sich nicht scheute, den kräftigsten 2 Organisationen des Unternehmertums Zureicherdienste zu leisten. Wahrscheinlich, es wäre interessant zu vernennen, mit welchen Rechtsgründen die Regierung ihr Vorgehen zur Durchsührung eines Koalitionszwanges für Unternehmer verteidigen würde, ein Vorgehen, das einzig und allein dem Zwecke diene, kapitalistischen Eliten ihre hohen Renten ohne jede Konkurrenz zu sichern. Vertreter terroristischer Syndikate stehen die Türen der Ministerien und die Türen der Minister stets offen, sie fühlen und betätigen sich als die eigentlichen Herrscher gegenüber den Regierungsgewalten; doch wenn der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes und Mitglied des deutschen Reichstages, Sachse, aus dem Mansfelder Streikreiter telegraphische Befehle gegen Lebensgriffe irgend welcher Offiziere an den kommandierenden General sendet, dann begründet der Kriegsminister im deutschen Reichstage die Nichtbeantwortung dieser Befehle damit, daß sie ungesetzlich waren: „Der Streikreiter Sachse.“ Damit war der Charakter der Staatsbürgerrechte, die deutsche Arbeiter und ihre Vertreter im Reich genießen, gekennzeichnet. Der es in unbedeutender Weise getan, merkte es in seiner Darmlosigkeit nicht, größte Dankes der Junker quittierten, daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Deutsches Reich.

Ohne Terror keine Politik.

In einem „Gespräch über die geheime Wahl“, das die Kreuzzeitung zur Vorbereitung der öffentlichen Wahl zum Abgeordneten bringt, läßt sie einen „Doktor“ dem „Justizrat“, der den so scheinlichen Terrorismus“ bei der öffentlichen Wahl nicht verteidigen kann, folgendermaßen belehren:

Was heißt Terrorismus? Ohne irgend welchen Terror gibt es keine Politik. Die Massen folgen immer

dem, was am meisten Eindruck auf sie macht, ihnen am meisten imponiert. Gegen die Ausforderungen des Terrors läßt sich kein Gesetz, sondern nur die öffentliche Gegenorganisation, das sichtbare Auftreten einer zweiten Macht, die imponiert. Wenn der ruhige und friedliche Bürger sich vor jedem Terror, handelnd oder leidend, fürchtet, so fällt die politische Macht den Skrupellosen, Zukäuflichen, Streikfähigen zu, wie bei uns leider so oft. Selten hat das Junkertum mit so grenzenloser Offenherzigkeit das Rezept angegeben, nach dem es seine politische Macht in Preußen gebrannt hat. Nie ist von den Junkern mit ähnlicher Ehrlichkeit die Begründung für ihr Festhalten an der öffentlichen Wahl in dem Wahlrechtskampfe gegeben worden.

Die Geschäftstage im Reichstag. Im Seniorenkongress wurde am Dienstag abends über die Vereinfachung der Geschäftstage gesprochen. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, daß man vor allen Dingen beginnen müsse mit der weiteren Kontingenzierung der Debatten zum Reichstag des Innern. Es wurde der Vorschlag gemacht, eine Spezialisierung der Thematika bei der Generaldebatte einzutreten zu lassen. Allein man kam dahin, daß für diesmal die Angelegenheit verschoben sei, man müsse darüber in den Fraktionen beraten, um später vielleicht zu einer anderen Regelung der Debatten zu kommen. Für diesmal wird also die Angelegenheit wie sonst behandelt. Dann kam man aberein, daß, wenn Interpellationen zur Verhandlung kommen, von der Partei, die die Interpellation eingebracht hat und begründet ließ, außer dem begründenden Redner, noch ein Redner dieser Partei zu Worte kommen soll. Eher soll eine Vertagung der Debatte nicht eintreten. Dann wurde auch noch über die Initiativvorschläge gesprochen, die event. als Resolution zum Etat des Innern eingebracht werden könnten. Die Vorschläge darüber waren sehr gestellt. Man kann die Resolutionen nicht ganz entbehren, und man kann auch die Initiativvorschläge nicht fehlen lassen, weil sie die Stellung der einzelnen Parteien zu den verschiedensten Fragen markieren. Außerdem wurde gemerkt, daß die Schweinestage im Reichstag sehr kurz ist, so wurde der Wunsch geäußert, daß mindestens alle 14 Tage ein Schweinestag bis zur Fertigstellung des Etats stattfinden.

Die Kolonialbahnen in der Budgetkommission. Zum Ausbau der Bahnhöfe Arabid-Bindhal sowie zum Bau der Nord-Südbahn werden als erste Rate 3 1/2 Mill. Mark gefordert, die durch die erhöhten Einnahmen aus den Diamantfunden gedeckt werden sollen. Des weiteren soll die 580 km lange Otawa-Bahn zum Preise von 25 Mill. Mark erworben und dann an die jetzige Bahngesellschaft verkauft werden. Der Kaufpreis soll in fünf Raten von je 5 Mill. Mark bezahlt werden. Die Dauer der Pacht ist auf zehn Jahre fest bestimmt und kann von der Gesellschaft noch einmal auf je fünf Jahre verlängert werden. Der Pachtpreis steigt, mit 4,6 Proz. anfangend, nach 30 Jahren auf 6,3 Proz. Der Staatssekretär Drunburg hielt eine 1 1/2 stündige Rede, in der er nachzuweisen verfuhr, daß die erzielten Bedingungen sehr günstige seien, und daß die Abweisung des Vertrages dem Kolonialstatus sehr großen Schaden bringe. In der Debatte sprach Wg. Wendt (freisonnerweise) gegen den Pachtvertrag. Er glaubt, daß noch einige Vorteile erreicht werden können und empfiehlt die Einsetzung einer Subkommission, um mit dem Besizer der Bahn weiter zu verhandeln.

Die preussische Wahlrechtsvorlage ist noch nicht fertig. Gegenüber der Meinung, daß die preussische Wahlrechtsvorlage vom Oberregierungsrat v. Falkenhayn fertiggestellt worden sei und ein Wahlgesetz nach höchstem Mäurer bringe, wird jetzt mit Bestimmtheit verfuhr, daß die Wahlrechtsvorlage noch nicht fertiggestellt ist und noch nicht die Zustimmung der maßgebenden Stellen gefunden hat. Bis dahin würden der Entwurf und die Vorbereitungen völlig geheim gehalten, so daß alle Mittelungen über angebliche Einzelheiten der Vorlage nur auf Vermutungen und Kombinationen beruhen könnten.

Was dem sächsischen Landtage. Am Dienstag stand im Landtag u. a. der Etat des Kultusministeriums zur Tagesordnung. Die Genossen Ullig und Reimling nahmen Veranlassung, besonders den Kampf gegen die Jugendorganisation und die Tendenzproffessur in Leipzig zur Sprache zu bringen. Der Minister gab nur eine gewundene Erklärung ab, er hätte aus Höflichkeit auf die Anträge geantwortet und dieselben dem Senat der Universität übergeben. Im übrigen hielt der Minister dieselbe Rede, die er schon feinerzeit bei der Etatsdebatte gehalten hatte, gegen die sozialdemokratischen Angriffe auf Kirche und Religion. Der konservativste Wg. Spieß hielt seine schon einmal gehaltene Reichsverbandesrede über die Verrohung der sozialdemokratischen Jugend. Er denunzierte die Jugendorganisation als eine durchaus politische Organisation, weil sie die Jugend amoralisierendes mit dem Ideal der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung erfüllte. Es kam zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen. Der Präsident verbot die Zwischenrufe, was natürlich mit Lachen beantwortet wurde. Genosse Fleischer nahm Veranlassung, in einer Rede zur Geschäftsordnung, den Präsidenten auf das Unzulässige seines Vorgehens hinzuweisen und darauf, daß er jedenfalls durch die Kritik der bürgerlichen Presse an seiner bisherigen Führung der Geschäftsätze dazu aufgehetzt worden sei.

Der Wahlfonds der Schwarzfahrer. Der Ausschuß des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hatte bekanntlich beschloffen, einen industriellen Wahlfonds zu gründen. Zur Verwaltung wurde eine Kommission eingesetzt, die sich vor einigen Tagen konstituiert hat und jetzt an alle unmittelbaren und mittelbaren Mitglieder des Zentralverbandes die Aufforderung von der in ihren Betrieben im Jahre 1900 verausgabten Lohnsumme 0,5 vom Tausend an den industriellen Wahlfonds abzuführen und sich zu verpflichten, den gleichen Satz vom Tausend im Jahre 1911 von der im Jahre

1910, und im Jahre 1912 von der im Jahre 1911 verausgabten Lohnsumme als weitere Beiträge zu dem Wahlfonds zu leisten.

Die Polizei gegen Aindergefängnis. Der Arbeiter-Befreiungsverein Lura in Köln hielt am 17. Januar eine große Protestversammlung — gemeinsam mit den Eltern und Angehörigen des von der Regierung verbotenen Aindergefängnisses — ab. Die Versammlung protestierte einstimmig gegen das reaktionäre Vorgehen der Regierungsbehörde und gegen die Absicht der Regierung, die Verhaftung der Regierung von einzelnen Redatoren, Lehrern und Geistlichen auszuführen. Man beschloß, den Aindergefängnis unter allen Umständen hochzuhalten und gegen die Verhaftung den Redatoren zu beschreiten.

Frankreich.

Der Aeroplane zum Bombenschnelzen. In der Flugwoche in Los Angeles nahm Curtiss den amerikanischen Leutnant Paul W. Beck in seinem Biplan mit in die Luft, und der Offizier verfuhr, Bomben darzustellen sollten, aus einer Höhe von 250 Fuß auf einen angegebenen Punkt niederzuwerfen. Er versuchte sein Ziel jedoch um 15 bis 25 Fuß. Das Experiment war jedoch nicht erfolgreich, da Curtiss mit seinem Motor Schwierigkeiten hatte und gerungen war, vor der Zeit niederzugehen. Paulham, der über den Hefen von Los Angeles in einer Höhe von 300 Fuß geflogen ist, sagte, daß eine Flotte von Aeroplane den Hafen und die ganze Stadt zerstören könne. Mit einem genügend starken Motor könne er 10000 Fuß hoch steigen, und welcher Militärflieger in einer derartigen Höhe es so keines Objekt treffen? Was würde von dem Besichtigung übrig bleiben, wenn man 375 Pfund Dynamit darauf abschleudere?

Dänemark.

Die Korruptionsfandale nehmen kein Ende. Der dänische Generalpostmeister Hjerboe, dem ein Freibillet ohne Klasse für die dänischen Staatsbahnen zuteil, hat sich, wie jetzt bekannt wird, vor einigen Jahren unter dem Regime Wilhelms des zehnjährigen Ministers, an denselben mit dem Geschenk gewandt, ihm statt des Billetts lieber den Kaufpreis eines solchen Generalabonnements, nämlich 500 Kronen, in bar auszugeben. Das geschah denn auch alle Jahre hindurch ansichtslos, bis das radikale Ministerium es entdeckte und eine strenge Unteruchung einleitete. Der Generalpostmeister ist bereits vom Dienst suspendiert.

Soziales.

Von dem Anfang der Arbeitslosigkeit gibt das statistische Bureau des Wälinger Armenamtes ein recht düsteres Bild. Seit Beginn der Notstandsarbeiten haben sich 684 Mann gemeldet, von denen kaum ein Drittel beschäftigt werden konnte. Zur Arbeitslosenunterstützung lagen 121 Anmeldungen vor, erhoben wurde sie aber nur von 111; davon waren 64 organisiert, 57 nicht organisiert. Während die Stadt die Notlage zu lindern sucht, geht die Steuerbehörde sorglos vor und läßt den färglichen Verdienst der Notstandsarbeiter mit Beschlag belegen.

Sokales.

Bent, 19. Januar.

Ein Reichsverbandsjünger.

Der Lehrer Ehrhorn von Wilhelmshaven, hielt am Montag abend im nationalliberalen Verein einen Vortrag über die Redehule, welche der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie errichtet hat. Herr Ehrhorn, ein langjähriger Parteigänger der nationalliberalen Partei, der auch wohl öffentlich, allerdings mit Heiterkeitserfolgen für sie aufgetreten ist, hat die Redehule bejehet und zu den Häuten des Reichsverbandes Liebert gesehen. Einem nationalliberalen Gemüte scheint es nicht zu verfallen, aus dem Born, aus welchem die berächtigsten politischen Bummelvergitter schöpfen, politischen Wissen zu schlürfen und Weisheit zu nippen. Viel lernen kann man in den 14 Tagen, der Dauer des Lehrlaufes, der dem Reichsverband 10000 Mk. kosten soll, nicht imponiert scheint dem Herrn Ehrhorn am meisten der Reichsverbandes Liebert zu haben. Dieser lehrt „nationale“ Pflichten, Auslands- und Kolonialpolitik, sowie den Umgang mit Regern. Ob er die Worte dafür mit einer Wiperspektive gegeben hat, ist aus den Referaten der beiden Wilhelmshavener Tagesblätter nicht zu ersehen. Herr Ehrhorn hat auch offensichtlich aus dem Umgang mit dem Herrn General profitiert. Denn er ließ den Schluß seines Vortrages in die Worte auslingen: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig legt an ihre Ehre.“ Lieber den Begriff „nationale Ehre“ kann man nur sehr verschiedener Meinung sein, Herr Lehrer Ehrhorn! So geht es unserer Ansicht der deutschen Nation sehr zu Herzen, daß es unter ihr eine Gesellschaft gibt, den „Reichsverband“, der systematisch die deutsche Sozialdemokratie, die 3250 000 Reichstagswähler zählt, auf das unerbittlichste schmäht und verleumdet.

Die Gemeinde-, Schul-, Armen- und Kirchenumlagen für das dritte Quartal sind fällig und im Rathaus Zimmer Nr. 6, mittworts von 9 bis 1 Uhr zu entrichten. Es haben am 20. Januar die Steuerpflichtigen, deren Name mit H beginnt.

Ein Santer Fakler. Ein junger Burche wollte ein Viertische beweisen, daß er es den indischen Fakieren gleich tun könne, nämlich sich eine Kugel tief ins Fleisch zu stoßen, ohne daß Blut kommt. In Ermangelung einer Kugel mit Kopf nahm er eine Nähnadel und stieß sich diese tief in die Stirn gemachte Armmulde. Doch als der junge Mann den Arm wieder streckte, verstand die Kugel im Fleisch. Er mußte sich nach dem Krankenhaus begeben, wo er sich jetzt einer Operation zu unterziehen hat.

Vor einem Schwindler warnt eine Leferin des Volksblattes. Zu ihr sei vor Weihnachten ein Reisender ge-

photographische Vergrößerungen gekommen, dem sie auch eine Bestellung nebst einer wertvollen Familienphotographie gegeben habe. Als Anzahlung nahm der Reisende 1,80 M. Die Vergrößerung traf aber weder zu den Nachnahmen noch später ein, und als die Frau sich bei der Firma, die den Auftrag ausführen sollte, erkundigte, wurde ihr die Nachricht, daß der Reisende längst nicht mehr im Dienste der Firma sei.

Vadeninhaber oder Hauswirt? Von einem über einen Kadentär angebrachten Lichtstrahlenschein brach nach vorangegangenen Regen und Sturm ein Sturz ab und verlegte einen am Hause vorübergehenden Mann erheblich. Vor dem Landgericht Berlin kam es wegen des vom Verletzten beanpruchten Schadenersatzes zur Klage. Der Vadeninhaber und Besitzer des Hellamellens wurde zur Zahlung verurteilt. Das Kammergericht bestätigte dieses Urteil. In der Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht wurde ebenfalls zugunsten des Verletzten entschieden, obwohl sich der verklagte Vadeninhaber darauf berief, daß nicht er, sondern der Hausbesitzer für den Schaden aufzukommen habe. „Für einen Unfall auf einem fremden Grundstück ist“, so heißt es in der Begründung des Reichsgerichtsurteils, „der Besitzer des Grundstücks dann nicht verantwortlich, wenn jemand auf dem Grundstück ein Recht ausübt oder darauf ein anderes Recht besitzt, das den Unfall verursacht. Der Lichtstrahlenschein bildete, wie die Vorinstanzen feststellten, ein solches „Recht“, weshalb der Vadeninhaber und nicht der Hausbesitzer für den Schaden verantwortlich zu machen ist, da auch im übrigen die Schuld des Besitzers festgelegt ist.“

Handbureau. Abgegeben wurde ein Herren-Fahrrad ohne Waage, eine silberne Herrenuhr ohne Reize, ein Damengürt, durchwirft, und ein Bund Schlüssel.

Wilhelmschaven, 19. Januar.

Als Schiedsmänner sind durch Verweisung auf den bereits früher geleisteten Eid am 5. Januar 1910 verpflichtet worden:

1. der Klempner Friedrich Kademacher in Neustadtgödens für den Schiedsmannsbezirk Neustadtgödens,
2. der Kaufmann Gerhard Tolenberg in Wilhelmschaven für den Schiedsmannsbezirk Stadt Wilhelmschaven, 1. Bezirk,
3. der Kaufmann Gustav Gräpel in Wilhelmschaven für den Schiedsmannsbezirk Wilhelmschaven, 2. Bezirk,
4. der Kaufmann Richard Lehmann in Wilhelmschaven für den Schiedsmannsbezirk Wilhelmschaven, 3. Bezirk, und als Schiedsmannstellvertreter:
 1. der Kaufmann Lezer Weinberg in Neustadtgödens für den Schiedsmannsbezirk Neustadtgödens,
 2. der Kaufmann Hermann Busmann in Wilhelmschaven für den Schiedsmannsbezirk Wilhelmschaven, 1. Bezirk.
3. der Bankier Bernhard Böhmman in Wilhelmschaven für den Schiedsmannsbezirk Wilhelmschaven, 2. Bezirk,
4. der Kaufmann Bernd Grashorn in Wilhelmschaven für den Schiedsmannsbezirk Wilhelmschaven, 3. Bezirk.

Marinenschriften. Die Dienstschrift Kaschau und Weizsälen werden Ende dieses Monats hier erwartet.

Konterschmerpatronat. Uns wird gemeldet: Vor einigen Tagen stellte die Firma Lange eine größere Anzahl oberflächlicher Arbeiter ein; gestern wurde dafür die gleiche Anzahl tieferer Arbeiter entlassen. Die Firma hofft wohl, die gefälligeren und billigeren Elemente mehr ausbilden zu können, nachdem sie doch sicher die hier ortsüblichen Löhne bei Verwendung der Arbeit dem Fiskus zu Grunde gelegt hat. Und das geschieht unter den Augen des Fiskus. Schließlich wundert man sich noch, wenn die Arbeiter sich vor dem Kopf geföhnt haben.

Neue Konzeption des Spielteufel. Eine einschneidende Änderung in dem System der preussischen Klassenlotterie wird augenblicklich vom Fiskus erwogen. Wie das S. T. erzählt, beabsichtigt die Lotteriedirektion, erstens eine durchgreifende Änderung des Zeichnungsmodus einzuführen. Es soll das sogenannte Zweifertensystem zur Anwendung kommen. Durch Einführung des Zweifertensystems würde die Hälfte der bisherigen Losnummern wegfallen, und es würden viele Losinhaber, die schon seit Jahren gespielten Nummern verlieren, sie wären gezwungen, sich neue Nummern zu beschaffen. Zweitens soll eine abermalige Vermehrung der Lotterielose stattfinden.

Auf den Operettenabend, der heute abend 8 Uhr in Burg Hohenzollern stattfindet, machen wir nochmals aufmerksam.

Heppens, 19. Januar.

Eine Sitzung des Stadtrats findet Freitag nachmittag statt mit folgender Tagesordnung:

1. Einführung der neugewählten Stadtratsmitglieder.
2. Wahl der Ausschüsse.
3. Vereinigung der drei Gemeinden Küstingens zu einer Stadt zweiter Klasse.
4. Durchlegung der Alte Marktstraße und Vorbeklung, zweite Lesung.
5. Pfalterung des Wählerweges.
6. Verschiedenes.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 19. Januar.

Als Vertreter zur Generalversammlung der Allgemeinen Christenkrankenkasse der Stadt Oldenburg wurden bei der am Montag stattgehabten Wahl aus zwei Frauen gewählt. Es ist dies das erstmal, daß Frauen der Generalversammlung angehören.

Zum Kapitel Diensthofmangel auf dem Lande. Aus Seefeld berichtet der Landwirtschaftsverein: „Die Diensthofen wollen die Abgaben, welche sie zahlen müssen, in vielen Fällen auf die Herrschaften abwälzen. Die Mitglieder wurden gebeten, diesen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, denn die Lohnverhältnisse seien derart, daß das Veronal auf diese Weise nicht noch ein Mehr herauszubringen brauche.“ — Und da wundern sich die Agrarier über Diensthofmangel?

Osternburg, 19. Januar.

Die Steuerzettel sind da. Wann die Steuern bezahlt werden sollen, erleicht man aus dem heutigen Inserat des Gemeindeeinnehmers. Ob wohl die letzte Gemeinderatswahl auf die Farbe des Steuerzettels eingewirkt hat? Richtig im vergangenen Jahre, als dem Gemeinderat nur ein paar Sozialdemokraten angehörten, war der Zettel blau, nun, da dem aus 18 Personen bestehenden Gemeinderat 11 Parteigenossen angehören, ist der Steuerzettel rosa. Nebenbei bemerkt, ist der Zettel gegen vergangenes Jahr sehr zu seinem Vorteil, was Form und Text anbelangt, verändert.

Delmenshorst, 19. Januar.

Der Verband der Fabrikarbeiter hielt am Sonntag seine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach Entgegennahme der Abrechnung vom 4. Quartal 1909, welche in Einnahme und Ausgabe mit 5102,35 M. bilanzierte, wurde leitens der Ortsverwaltung der Tätigkeitsbericht über das Jahr 1909 gegeben. Der Fortschritt, welcher in früheren Jahren zu verzeichnen war, hat auch in diesem trotz der Krise angehalten. Die Zahl der Mitglieder hat sich, bei 356 Eintritten und 147 Austritten um 36 vermehrt und betrug am Jahreschluss 966. Zugewillt sind 33, abgetreten dagegen 206 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Rahmen des Vorjahres bewegt, doch ist die Ausgabe hierfür gestiegen und zwar von 1067,60 M. auf 2071 M. Im Durchschnitt war jeder der 329 Arbeitlosen für 14 Tage arbeitslos. Für den ganzen Zweig der Erwerbslosenunterstützung wurden 6510,50 M. gegen 5254,65 M. im Vorjahre ausgegeben. Am Marken der verschiedenen Klassen wurden 47033 ungeteilt, gegen 45058 im Jahre 1908; demnach in diesem Jahre ein Mehrumsatz von 1975 Marken. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse bilanziert mit 51279,55 M. Ruher der bereits angeführten Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung wurden 35611,20 M. für Streiks angewendet, wozu ein Zuschuß aus der Zentralkasse von 31800 M. erforderlich war. Die Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse schließt ab mit 7297,78 M. Für Streik und Arbeitslosigkeit wurden für 694,60 M., als Beitrag zum Gewerkschaftsartikel 341,60 M. abgeführt. Am Jahreschluss war ein Rollenbestand von 751,60 M. vorhanden. Zu Anfang des Jahres 1910 zählten nahezu die Hälfte, 410 Mitglieder, den höchsten Beitrag von 50 Pf. Im Berichtsjahre mußte ein Kampf geführt werden mit der Unionsfabrik Schlüsselmarke wegen unzulässiger Arbeitsverhältnisse und um eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verhindern. Der Kampf dauerte 12 1/2 Wochen und waren 220 Mitglieder daran beteiligt. Ruher der Abwehr größerer Lohnreduktionen wurde noch eine Erhöhung der Minimallohne erzielt und statt drei wurden zwei Lohnklassen geschaffen. Die Arbeitszeit kostete 33805,75 M. Einige weitere Differenzen fanden noch in anderen Gewerben statt, woran der Verband (namentlich am Streik der Bauarbeiter mit 23 Kollegen) beteiligt war und für welche die Summe von 2085,20 M. angewendet wurden.

Aus dem Berichte ist zu ersehen, daß erhebliche Mittel erforderlich waren, um die Mitglieder der Arbeitslosigkeit über Wasser zu halten, damit sie ihre Arbeitskraft nicht für jeden Preis anjubeln brauchten. Nicht des Staates und der Kommunen wäre es, hierzu Mittel bereit zu stellen, da die Arbeitslosigkeit aus der planlosen kapitalistischen Produktion resultiert. Der heutige Staat als Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft kümmert sich um die Opfer derselben nicht. Weiter ergibt sich aus dem Bericht, daß große Summen aufgewendet werden mußten, um eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Es erwächst daraus für jeden die unabsehbare Pflicht, für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, Munition zu sammeln, die Indifferenzen aufzuklären, um allen Anforderungen, die in Zukunft größer sein werden als bisher, gewachsen zu sein.

Beschlossen wurde, zwecks Erhöhung des Lokaltbeitrages um 5 Pf. pro Woche eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen. Zum Schluß wurde noch auf das Winterfest am 30. Januar hingewiesen und reger Beifall desselben empfohlen.

Nordenham, 19. Januar.

Wahl Bauhilfsarbeiter! Am Freitag den 21. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Rohners in Nordenham die Generalversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen, es wird daher an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht.

Bremen, 19. Januar.

Entsprungen ist aus der Stofanfall Odelehausen der Mörder Grimm, der im Winter 1901, als er beim Diebstahl überfallen wurde, eine Frau in Lenever tötete. Er war zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Ueber die Einzelheiten der That verlautet, daß Grimm die Eisenstäbe seines Zellenfensters durchstieß, sich an einem zum Tau zusammengebundenen Bettstau auf den Gefängnishof hinabließ. Von hier wird er mittels einer Leiter, die bei den auf dem Gefängnishof im Werden begriffenen Neubauten unschwer zu erlangen war, über die Mauer geklettert sein. Der Entflohene ist 34 Jahre alt und trug Sträflingskleider.

Emden, 19. Januar.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Dienstag auf einer am Deft liegenden Tzall. Dem am Ruder lebenden Steuermann fiel der Mast auf den Kopf. Der Mann erlitt derartige Verletzungen, daß er nach kaum 10 Minuten verstarb.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Ein in einer Weinhandlung in Oldenburg beschäftigter Arbeiter aus Corvitz fiel in einen Haufen Gläsern und verletzte sich dabei derauf, daß er das Kranzhaus aufsuchen mußte. — Ein Bandwurm in Orupendühren läßt sein Vieh tagtäglich draußen grasen. — Der Stiefgang auf der Weser ist gegenwärtig sehr ergiebig, die Preise sind dennoch hoch, 22 Pf. pro Pfund. — Abgebrannt ist in Edwarden das Haus des Malermeisters Wähing.

Aus aller Welt.

Ein Bankrott in Deutsch-Brad. Aus Wien wird geschrieben: Der Privatist des Deutsch-Brader Bankhauses Max Cohn, namens Sicard, verübte am Montag Selbstmord. Die Ursache scheinen verfehlte Börsenspekulationen zu sein, die er gemeinsam mit seinem Ehegatte durchgeführt hat. Von dem letzteren fehlt seit einigen Tagen jede Spur. Cohn, der in der Gesellschaft und im Bürgerium von Deutsch-Brad eine große Kundenschaft besaß, soll über Privatdepots von 10 Millionen Kronen verfügt haben.

Schweres Baumunglück. Auf der Grube Gottlieb II bei Böditz stürzte ein eigener Schornstein während seiner Aufrihtung um und riß das Baugerüst, auf dem 15 Arbeiter beschäftigt waren, in die Tiefe. Neun Arbeiter konnten sich durch Abhüringen retten, sechs wurden mit in die Tiefe gerissen. Einer von den Verunglückten ist tot, die anderen sind schwer verletzt.

Kleine Tageschronik. Der frühere Leiter der Uhnkologisch-Technischen Reichsanstalt Geheimrat Prof. Friedrich Kohlhausch ist im Alter von 70 Jahren in Marburg gestorben. — Bei einem Berliner Arzt, der von einer Italienreise zurückkehrte und sich sofort ins Krankenhaus begeben mußte, brachen die schwarzen Flecken aus. — In der Epistolographischen Fabrik Gullian Woch in Riedelschänhausen ereignete sich eine Explosion, durch die sechs Arbeiter teils schwer, teils leichter verletzt wurden. — Als Haupt der Vieheschande, die seit Monaten Gering und hingehend beunruhigte, wurde ein wohlhabender Auschländer entlarvt. Infolge grüßter Vermögensverhältnisse verweigerte sich der Bürgermeister Strauß und Frau in Hilar durch Zufall. — Die Klonauer Polizei hat den Händler Weich auf Zank Fuß mit wegen Anfertigung falscher Tafelsteine verhaftet. — In Heilshurg bei Weimar ist am Dienstag vormittag der Balustraden der Firma Seutze in die Luft geflogen. Man befürchtet, daß der Explosion drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. — Durch Explosion einer Petroleumlampe gerieten die Arbeiter des Hühnerchen Kaufmanns Schmidt in Dortmund in Brand und verbrannten er bei lebendigen Leibe. — In Götternaderbrück bei Trier schlug beim Enternen von Holzstäben einer Kathedrale über die Säule ein Nagel um. Fünf Insassen stürzten ins Wasser, drei konnten gerettet werden, zwei ertranken. — Aus Rade überlief in Radebühnen (Ravenn) ein Rordmacher einen Zementarbeiter und schlug ihn mit einer Schel den Kopf ab.

Eingefandt.

Noch einmal der Weg am Kanal.

Noch immer befindet sich der Weg am Kanal von Bant bis Martenfel fastenweise in einem derartigen Zustande, daß seine Benutzung für Fußgänger und Radfahrer vollständig unmöglich, die eingetretener Dunkelheit infolge mangels jeglicher Beleuchtung sogar lebensgefährlich ist, trotz dem der Weg bereits seit Monaten dem öffentlichen Verkehrs übergeben wurde. Die allerhöchsten Ansprüche an einen solchen Weg dürften doch sein, daß die bis in vierter Meter tief aufgewickelten Stellen durch Aufschüttung passierbar gemacht werden. Aber obgleich seit Wochen die für Ausführung dieser Arbeit günstige Witterung herrscht, ignoriert der Fiskus diese Verpflichtungen in bekannter Weise. Wenn es sich um einen Privatmann handelte, würde die hohe Obrigkeit ihm den Standpunkt schon längst und ganz anders klar gemacht haben, wegen Verschwendungslässigkeit. X.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. Januar. Der Berliner Korrespondent des Welt Posten erzählt, es sei eine wichtige Abmachung über die Balkanangelegenheit zwischen England und Deutschland unterzeichnet worden. Näheres konnte er nicht feststellen.

Berlin, 19. Jan. Hier wurde der Kaufmann Biehn verhaftet, weil er eine Hamburger Firma um 1 1/2 Millionen Mark betrogen hat.

Duisburg, 19. Januar. Durch das Einatmen giftiger Gase sind auf der Friedrich-Alfred-Grube in Rheinhausen vier Arbeiter abgetötet. Drei von ihnen wurden schwer verletzt, einer getötet.

Geleitfahrten, 19. Januar. Auf der Jechde Holland sind sechs Vergleite, die mit Maurerarbeiten beschäftigt waren, verhaftet worden. Man glaubt, daß sie sich in eine Mauerlinie gerettet haben, und hofft, sie lebend zu bergen.

Marburg, 19. Januar. Der frühere Leiter der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Geheimrat Professor Friedrich Kohlhausch, ist im Alter von 70 Jahren hier gestorben. Die Arbeiten des in der ganzen Welt berühmten Gelehrten hatten besonders das Gebiet der elektrischen Ströme zum Gegenstand.

London, 19. Januar. Bis jetzt sind gewählt: 120 Unionisten, 96 Liberale, 21 Arbeiterparteieller und 28 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 52, die Liberale neun Sitze, die Arbeiterparteieller einen Sitz.

In Durham haben wieder drei Bergwerke den Betrieb aufgenommen; zwanzig liegen noch still.

Siege, 19. Jan. Dreihig Anarchisten, die wegen des Nordes an dem Sekreide des Polizeiwärksten in Argentinien ausgewiesen waren, wurden hier bei ihrer Ankunft verhaftet.

Konstantinopel, 19. Januar. In dem als Parlamentsgebäude dienenden Achrogan-Palast brach eine Feuersbrunst aus, die noch wütet.

Tiflis, 19. Januar. Ein vollbesetzter Straßenbahnwagen entgleiste wegen Versagens der Bremsen auf einem steilen Abwege und stürzte um. Bis abends waren sieben Tote und elf Schwerverletzte geborgen.

Verantwortl. Redaktor: H. Jacob in Bant. Verlag von Hans Hug in Bant. Rotationsdruck von Hans Hug & Co. in Bant.

Dieszu eine Beilage.

Burg Hohenzollern.
 Mittwoch d. 19. Januar.
 — abends 8 Uhr: —
Die geschiedene Frau.
 Operette in 3 Akten von Victor Leon.
 Musik von Leo Fall.
 Orchester:
 Musikkorps der 2. Matr.-Division.
Preise der Plätze:
 Loge und Parkett . . . Mk. 3.00
 Sperrsitze und Balken . . . Mk. 2.00
 Saal unten Mk. 1.25
 Galerie Mk. 0.75
 An der Abendkasse erhöhte Preise.
 Vorverkauf bei Niemeyer, Peterstrassen-Ecke.
 Gesangstexte à 50 Pf. im Vorverkauf und an der Abendkasse.

Variété Metropol.
 Täglich
Große Vorstellung.
 Anfang abends 8 Uhr.
 Ruher dem reichhaltigen Programm kommen zur Aufführung:
:: Onkel Anton ::
 sowie die große Anstattungs-Burleske:
:: Tünnis im Harem ::
 In den vorderen Rängen:
Großes Roulet der Ungarischen Tamburina-Kapelle Carmen.

Donnerstag ist Fortsetzung!
 des Aufsehen erregenden außergewöhnlich billigen **Gelegenheits-Verkaufs.**
 1 Posten Sellamast Mtr. 48 \$
 1 Posten Selladhalbleinen :: Meter 68 \$
 1 Posten Sellalkann Mtr. 22 \$
 1 Posten Samak-Bellverüge . fertige, Stück 365 \$
Ed. Gosch
 Betten- u. Wäsche-Geschäft
 6 Götterstraße 6.

:: Greizol ::
 das beste Waschmittel der Gegenwart, wird von keinem Konfurrenzmittel erreicht. Paket 10 Pf. Vertreter:
H Deumer, Neuende
 Fern. Bismarckstr. 36.

Konsum- u. Sparverein
 für Bant und Umgegend e. G. m. b. H.
 Wir empfehlen unseren Mitgliedern unsere

Sparkasse
 zur fleissigen Benutzung.
Einlagen werden mit 4 Proz. verzinst. Täglich geöffnet vorm. von 10¹/₂ bis 12¹/₂ Uhr, nachm. von 3¹/₂ bis 5 Uhr.
Der Vorstand.

Ball-Schuhe
 große Auswahl in den Preislagen von Mk. 1.50, 1.95, 2.25, 3.75, 4.00, 4.50 bis zu 12.00. Hochmoderne Formen, ganz aparte Neuheiten.
Zurückgesetzte vorjährige **Ballschuhe** zu jedem annehmbarem Preis.
Gummischuhe gut und billig. Für Haltbarkeit jede Garantie.
Hauschuhe sind im Preise ganz bedeutend heruntergesetzt.
Schuhhaus Max Döen :: Marktstr. 33.

Im Geschmack, Aussehen und jeder Verwendung feinsten Naturbutter überraschend gleich nach dem Geß Margarine sind die Spezialmarken der ältesten Margarine.
 ... Fabrik Benedikt Klein, Adlu-Chrenfels ...
Amica u. Alba.
 Eigenes Verfahren der Firma. Dietsch nachgeahmt, aber nirgends erreicht!
Keine marktfeilerische Reklame auf Kosten der Qualität!
Kein fogen. Pflanzenfett, sondern ein mit frischer Milch und Sahne geklärter Butterersatz, überraschendem Naturaroma.
 Im eigenen Interesse machen Sie bitte einen Versuch!
 — Zu haben in den besseren Kolonialwaren-Geschäften —
 General-Depot für Wilhelmshaven und Umgegend:
B. Heckmann, Wilhelmshaven. Fernruf 529.
 Man achte genau auf Original Amica.

Salzgurken
Essiggurken
Senfgurken
 empfiehlt
J. H. Cassens
 Bant, Peterstr. 42, u. Schaar.

Im Total-Ausverkauf
Gebr. Hinrichs
 Bismarckstraße.

Solange noch Vorrat:
Posten besseres Wollgarn, Wert Bund 7—10 Pf., jeht 5—7 Pf.
Extremadura (weiß, baumwoll. Garn) Lage jeht 15 Pf., Wert bis 25 Pf.
Posten seidene Bänder jeht 25 bis 75 Proz. unter Preis.
Posten Spitzen und Besätze jeht 25—75 Proz. billiger.
Posten Sammet- und Seidenstoffe teils für die Hälfte.
Maschinengarn n. Rolle jeht 7 Pf.
Maschinengarn gr. N. jeht 25 Pf.
Untergera n. Rolle jeht 9 Pf.
Bester Widengarn jeht 3 St. 10 Pf.
Chines. Zwirn jeht 4 St. d. 25 Pf.
Beste Stoffsede per Dode 5 Pf.
Stidgarn jeht Dode 4 Pf.
Näh- und Drehseide auf Karton jeht Dode 4 Pf.
Häfelgarn (weiß, creme) jeht durchweg Anou 8 Pf., Wert d. 18 Pf.
Häfelgarn (farb.) gr. Anoule role u. hell blau 10, grau u. rot 15 Pf.
Schablonen jeht d. 35, jeht 15 Pf.
Namen- u. Einnäden jeht Ds. 3 Pf.

Kinderwagen zu verkaufen.
 Theilenstraße 7, 1. Et.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Bant-Wilhelmshaven.
 Am Freitag den 21. Januar 1910
 in Sadewassers Tivoli, Tonndeich:
Grosses Winter-Vergnügen
 — bestehend in —
Konzert, Festrede und theatral. Aufführungen.
 Zum Schluss: **Grosser Ball.**
 Kassenöffnung 7 Uhr Anfang 8 Uhr abends.
 Karten im Vorverkauf à 30 Pf. Zu haben auf dem Bureau, Peterstrasse 13, und bei den Vertrauensleuten. — Es ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.

Deckers Mühlenhof
 vis-à-vis der Windmühle, Mühlenweg.
Donnerstag den 20., Freitag den 21. und Sonnabend den 22. Januar cr.:
 Nur drei Tage
Bockbier-Fest.
 ff. Bockbier Bremer Kaiser. — Bodmühen, Bodmühen gratis. — Bodmühen-Büfett im Lokal. — Musikal. Unterhaltung.
 Es ladet erg. ein **W. Decker.**

Kartellkommission.
 Donnerstag, 20. d. M.
 abends 8 Uhr:
Sitzung bei Halweland.
Der Vorstand.

Nordenham.
Verband der Bauhilfsarbeiter
 Zweigverein Nordenham
Freitag den 21. Januar cr.
 abends 8 Uhr:

General-Versammlung
 bei Joh. Rohrer.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Tivoli, Einswarden.
 Freitag und Sonnabend:
Hofzauberkünster Bellini
 aus Wien.
 Anfang 8¹/₂ Uhr, Ende 11 Uhr.
 Sperrsitze 1.00 Mk., 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 40 Pf. Zutritt nur f. Erwachsene.

Tivoli, Einswarden.
 Sonntag den 23. Januar:
Orchester- u. Zitherkonzert
 nachdem. Ball.
 Anfang 7¹/₂ Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Hierzu laden freundlich ein
 K. Lehmann. Joh. Roth.

Banter Volksküche
 Wellmuntstraße.
 Donnerstag: Sauerbraten u. Schweinefleisch.

Gewinn-Liste
 der Verlosung auf der **Kauische Ausstellung.**
 182, 213, 296, 69, 22, 293, 21, 241, 331, 305, 181, 193, 136, 104, 63, 177, 21, 266, 81, 199, 2, 271.

Zwiebeln
 in Originalsäcken, pro Sack 5 Mk. empfiehlt
Johannes Arndt :: Bant.

Todes-Anzeige.
 Gestern morgen folgte nach längerem Leiden unl. liebe kleine **Marie**
 im zarten Alter von 10 Mon. ihrem Beihnachten verstorbenen Bruder in die Ewigkeit nach. Um stille Teilnahme bitten
 Bant, 19. Januar 1910.
Joh. Jhufen und Frau geb. Starke.
 Närringer Straße 8.
 Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle in Schaar aus statt.

Geburts-Anzeige.
 Die glückliche Geburt eines **Zohnes** zeigen hoch erfreut an.
 Einswarden, 18. Januar 1910.
Joh. Roth u. Frau.

Dankfagung.
 Für die zahlreichste Beteiligung u. Stranzspenden, sowie für die wohlw. Worte des Herrn Pastor Nohdel am Grabe unseres trauern Erntschlafenen legen wir auf diesem Wege allen unsem herzlichen Dank.
J. Ziegler und Frau, nebst Kindern.

